



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VI/196 - 24.8.1951

Hinweise
auf den Inhalt:

SONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 76 54-59

Fernschreiber 039 890

Ostzonenpolitik mit neuen Direktiven	S. 1
Der Streit um die französische Schulreform	S. 3
Entschuldigungen für Mordversuch? (Zum Zwischenfall in Kaesong)	S. 5
Hochkonjunktur politischer Sektierer	S. 6
Das Milchmädchen (Glosse)	S. 7

Weißbuch des nationalen Verrats

W.B.-Berlin

Im Trubel der kommunistischen Propagandaveranstaltung ist ein Weißbuch etwas untergegangen, das in dieser Zeit von maßgebender ostzonaler Seite ausgegeben worden ist. Es ist daraus u. a. zu entnehmen, daß man künftig offenbar auf einige in der Deutschlandpropaganda bisher übliche Phrasen verzichten und sie durch eine Deutschlandpolitik ablösen will, die nach eindeutiger als bisher auf das Rezept der Knebelung und Ausbeutung hinausläuft.

Dem Titel nach handelt das Weißbuch von der "amerikanisch-englischen Interventionspolitik" und vom "Wiedererstehen des deutschen Imperialismus". Eine ernste Auseinandersetzung mit den Problemen der Restauration und des -aus dem Osten teilweise unterstützten -Neonazismus durfte man von jener Seite natürlich nicht erwarten. Die SED-Theoretiker machten es sich leicht: "Expansionistische" Absichten des deutschen Westens sind dadurch erwiesen, daß die deutschen Ostgebiete nicht abgeschrieben werden. Der "Wirtschafts-imperialismus" drückt sich darin aus, daß es "vertikale" Verflechtungen zwischen Kohle und Eisen gibt. Die Kommunisten machen sich mit anderen Worten zu Preisboxern gegen die Verbundwirtschaft. Den Schuman-Plan untersuchen sie nicht vom deutschen Standpunkt aus, sondern sie behaupten, er solle die deutsche Vorherrschaft in Europa sichern. Und die westlichen

Nachbarn Deutschlands, vor allem die Franzosen, werden aufgerufen, sich damit auf keinen Fall abzufinden.

Moskau hat den Versuch einer propagandistischen Gewinnung oder Zersetzung der Deutschen weitgehend aufgegeben und konzentriert sich auf die verstärkte Entfachung antideutscher Stimmungen. Moskau sagt "zurück zu Potsdam" und meint damit: Demontagen und Reparationen plus Oder-Neiße-Linie plus politische Kontrolle Deutschlands unter maßgeblicher Mitwirkung der Sowjets. Als Herausgeber des Weißbuchs, das dieses Programm untermauern soll, zeichnet perverserweise der "Nationalrat der Nationalen Front".

Um Deutschland zu isolieren und die Konsolidierung Europas zu hintertreiben, werden die sinnlosesten Dinge zusammengetragen. Eine Lieblingsthese lautet, die Bundesrepublik sei zum "Hauptverbündeten" (oder, zum Aussuchen: Günstling, Juniorpartner, Leitwolf) des amerikanischen Imperialismus geworden. Durch den Marshallplan sei die Wirtschaft Westdeutschlands angeblich rascher vorangekommen als die der anderen Länder. Dabei kann sich jedes Kind davon überzeugen, daß die Bundesrepublik - mit neun Millionen aus dem Osten hereingeströmter Neubürger - bei 130 Prozent des Produktionsstandes von 1936 hält, während die anderen Marshallplanländer 150 Prozent erreicht und überschritten haben. Es wird weiter behauptet, daß die westdeutschen Grundindustrien von den Alliierten besonders begünstigt worden seien (Seite 59), was kaum mit der KP-Propaganda an der Ruhr auf einen Nenner zu bringen ist.

Als Ulbricht das Weißbuch auf einer Ostberliner Pressekonferenz kommentierte, kündigte er neue Maßnahmen des "aktiven Widerstandes" in Westdeutschland an. Diese Ankündigung hat niemand besonders ernst genommen, zumal sich mit diesen Methoden sogar die viel stärkeren kommunistischen Parteien Frankreichs und Italiens festfahren hatten. Immerhin sollte es registriert werden, daß allen Saboteuren (auf Seite 183) die "starke Stütze und tätige Hilfe" jenes Gremiums zugesichert wird, das sich "Regierung der DDR" nennt. Das ist nicht ganz neu, aber für die Behandlung konkreter Vorfälle auch nicht ganz ohne Belang.

Der Zankapfel der französischen Innenpolitik: Das Schulproblem

A.F.-Paris, 24. August 1951

Ungestört durch die ungewöhnliche Schwere der internationalen Lage und ebenso unberührt von der immer drohender werdenden Inflationsgefahr dreht sich die französische Innenpolitik seit den Neuwahlen, d.h. seit über zwei Monaten, um die Frage, die der Umwelt als völlig unwichtig erscheinen muß: Die Schulreform. Im letzten halben Jahrhundert stürzten über dieses Hinderniß unzählige Regierungen und es ist nicht ausgeschlossen, daß auch die mühselig auf die Beine gestellte Regierung Pleven daran in unmittelbarer Zukunft wieder zerschellt.

Seit dem erbitterten Kampf anlässlich der Trennung von Staat und Kirche um die Jahrhundertwende stehen sich in Frankreich Klerikale und Antiklerikale unversöhnbar gegenüber und beobachten sich eifersüchtig, damit ja nicht die einen den anderen gegenüber an Macht und Einfluß gewinnen. In den großen Städten und ganz allgemein im Norden der Loire verlor in den letzten Jahrzehnten dieser religiöse Streit an Schärfe und Bedeutung, nicht aber in den für das französische politische Leben immer noch maßgebenden Kleinstädten und Landgemeinden im Süden des Landes, wo der staatliche Lehrer noch ebenso stark das Symbol der Republik, der Freiheit, des Fortschrittes und der Wahrheit ist, wie es es einst in den Romanen Emile Zolas war.

Die Schulfrage hat aber neben der ideologischen noch eine materielle Seite. In den letzten zehn Jahren verdoppelte sich die Kinderzahl. In den großen Städten sind bereits jetzt die öffentlichen Schulen mehr als überfüllt und die Lage wird sich in den kommenden fünf Jahren geradezu katastrophal verschärfen. Dazu kommt, daß der Lehrerberuf infolge schlechter Bezahlung keine große Anziehungskraft mehr ausübt und es für die Volksschulen an Nachwuchs mangelt. Daneben gibt es aber zahlreiche konfessionelle Schulen, die über ausgedehnte Räumlichkeiten verfügen und auch über ein einigermaßen brauchbares Lehrpersonal, aber trotzdem nur von einer ungenügenden Zahl von Kindern benützt werden, weil sie im Gegensatz zu den staatlichen Schulen keine Schulgeldfreiheit gewähren, gleichzeitig aber trotz

ständig steigenden Tarife bald nicht mehr in der Lage sind, ihren Betrieb aufrecht zu erhalten. Andererseits fehlen dem Staat und den Gemeinden die erforderlichen finanziellen Mittel, um in kurzer Frist die Schulklassen und die Zahl der Lehrer in den öffentlichen Schulen zu verdoppeln. Die Verteidiger der konfessionellen Schulen nützen diese Lage aus und empfehlen als natürliche Lösung die Subventionierung der sogenannten "freien" Schulen, sei es durch Sonderzuschüsse an die Eltern, sei es durch direkte Beiträge oder schließlich durch Übernahme des Lehrpersonals in den Beamtenapparat des Staates. Von sozialistischer Seite aus forderte man daraufhin die Verstaatlichung des gesamten Schulwesens, d.h. die Abschaffung der konfessionellen Schulen und die Übernahme ihrer Gebäude und ihres Lehrpersonals durch den Staat. Dieser Vorschlag ist an sich logisch, widerspricht aber ausdrücklichen Formulierungen der französischen Verfassung, die neben der neutralen staatlichen Schule auch die Schulfreiheit garantiert und andererseits würde seine Verwirklichung die Staatsfinanzen in einer zur Zeit nicht tragbaren Form belasten.

Wie das Spiel ausgehen wird, ist noch ungewiß, zumal da die Mehrheit der Verteidiger der konfessionellen Schulen sehr knapp ist. Ministerpräsident Plevren möchte zur Rettung seiner Regierungssolidarität alle befriedigen, d.h. den Radikalsozialisten, die (vorwiegend aus parteitaktischen Gründen den Sozialisten gegenüber) als einzige Partei der Regierungskoalition auf antiklerikalem Boden stehen, bietet er ein zusätzliches Schulbauprogramm an, und den anderen Koalitionspartnern eine indirekte Hilfe für ihre Schulen. Diese Kompromißlösung kann Erfolg haben, sie kann aber auch alle beteiligten Kreise verärgern. Auf jeden Fall handelt es sich dabei nur um eine Zwischenlösung, und die französische Politik hat die Gewißheit, daß ihr das Schulproblem noch lange Jahre treu bleiben wird.

Entschuldigung für Mordversuch

(sp) Die tatsächlichen Motive für die Unterbrechung der Verhandlungen in Kaesong sind im Grunde so unklar wie die letzte Ursache für den seinerzeitigen Vorschlag Maliks, Waffenstillstands-Verhandlungen zu eröffnen. Man hat die verschiedensten Vermutungen angestellt, das Rätselraten soll hier nicht fortgesetzt werden.

Aber eine Bemerkung des Pekinger Senders fällt doch so sehr aus dem Rahmen jeder internationalen Gepflogenheit, daß man bei ihr einen Augenblick Halt machen muß. Die Unterbrechung der Verhandlungen geht, wie man weiß, auf einen neuen "militärischen Zwischenfall", auf den angeblichen Bombenabwurf eines Flugzeuges der UNO-Streitkräfte in der unmittelbaren Nähe des Verhandlungsquartieres zurück. Von nordkoreanischer Seite ist sogar behauptet worden, dieser Bombenabwurf habe der nordkoreanischen Delegation gegolten, die getötet werden sollte. Mordversuch also gegen eine offiziell anerkannte Verhandlungs-Abordnung - eine ungeheuerliche Behauptung. Die UNO-Vertreter und zuständige amerikanische Stellen haben sofort mit Schärfe und Entrüstung diese völlig absurde Verleumdung zurückgewiesen.

Bei der notorischen Empfindlichkeit der durch Moskau und Peking gestützten Nordkoreaner hätte der Zwischenfall schlimmste Folgen haben müssen, wenn die Nordkoreaner selbst ernsthaft an die von ihnen aufgestellte Behauptung glauben würden. Der Sender Peking aber, der schon oft als inoffizieller Sprecher der Gegenseite auftrat, hat die in diesem Zusammenhang groteske Forderung gestellt, die UNO bzw. das amerikanische Hauptquartier sollten sich wegen ihrer Mordabsicht entschuldigen, ehe daran zu denken sei, daß die Verhandlungen fortgeführt werden könnten. Nichts zeigt klarer, auf wie schwachen Füßen die nordkoreanische Behauptung von jener angeblichen Mordabsicht steht. Wenn das ganze nur zu einer vorübergehenden Störung führen sollte, dann wird man damit noch lange nicht die Gewissheit haben, daß es die letzte gewesen ist. Aber jede andere wird man dann wohl noch weniger ernst nehmen können.

+ + +

Geistig Enterbte

Die Namen der politischen Bünde und Gruppen verschiedenster Art, welche in den letzten Jahren entstanden sind, füllen eine umfangreiche Kartei. Die Berichte über ihre Gründungsbeschlüsse und sogenannten Programme bilden eine ebenso stattliche wie deprimierende Sammlung von Dokumenten der politischen Unvernunft, Dokumenten einigen guten Willens neben viel zahlreicheren voll schlechtgetarnter, sehr unerfreulicher politischer Absichten.

In letzter Zeit hat es einige neue, teilweise recht seltsame Schöpfungen gegeben, darunter das "Deutsche Freikorps", das unter dem Motto arbeitet "Deutschland wird soldatisch sein oder Europa wird untergehen". Dies ist offenbar, nach allem was man hört, eine relativ ernst zu nehmende Gründung und ihre Tendenz besonders gefährlich. Dann hat vor kurzem die "Bewegung zur Errichtung der Volksaristokratie" ihre Tätigkeit aufgenommen, die eine "Vom Volk kontrollierte Zentralregierung (Volksaristokratie)" fordert, deren regierende Persönlichkeiten durch Volksentscheid (!) abgesetzt werden können. Schließlich ist vor einigen Tagen von einem Bergmann, der früher Behördenangestellter war und jetzt arbeitslos ist, eine "National-Idealistische deutsche Arbeiterpartei" in's Leben gerufen, mit der phantasievollen Abkürzung Padin="Partei aller Deutschen in Not". Die erste Strophe der neuen Parteihymne lautet "Es geht um Deine Ehre, es geht um Deinen Lohn - Du bist auf dieser Erde nur ein enterbter Sohn . . ."

Mehr oder weniger enterbt, im Geistigen, scheinen sie uns alle zu sein, die irrefeleiteten Idealisten, die fanatischen Eigenbrötler, die verhinderten Karrieremacher und die nach ihrer eigenen Ansicht so bitter verkappten Größen, die sich von der politischen Tätigkeit wohl noch am ehesten eine Befreiung aus ihrer materiellen bzw. geistigen Misere erwarten. Politisches Sektierertum ist in Zeiten wie der unsrigen schon immer der bevorzugte Tummelplatz solcher unfertigen, unruhigen und meist mit sich und der Welt zerfallenen Naturen gewesen. Daß aber Gruppen dieser Prägung heute wie die Pilze aus der Erde schießen, ist freilich als Symptom doch recht bedenklich.

+ + +

-u

- 7 -

Das Milchmädchen

R.G. Sie ist ganz gewiß ein anschauliches Geschöpf, die Kleine, die nebenan im Milchladen Verkäuferin ist; ein bißchen zu stattlich vielleicht, aber das liegt wohl an der vielen Milch. Bei aller Stattlichkeit ist sie adrett, freundlich und überaus behende. Und rechnen kann sie, das nimmt von Monat zu Monat zu, das steigert sich manchmal von einem Tag zum andern.

"Ein halbes Pfund Butter, ein viertel Käse, einen Liter Milch", das sagt sie deutlich und vernehmlich, und dann murmelt sie ganz schnell ein paar Zahlen wie etwa einsechsdreißig, fünfzig, fünfunddreißig und schmettert dann hinaus: "Zweieinundzwanzig bitte!" Das war irgendwann gestern oder vorgestern. Heute geht es in der gleichen Behendigkeit: "Einsneunundfünfzig, achtundfünfzig, achtunddreißig - Zweifünfundfünfzig bitte!" Die einzelnen Ziffern variieren etwas, sie sind in Bremen kleiner als in Bonn, aber die Rechnung stimmt immer. Mindestens stimmt sie zugunsten des Milchhändlers, und der arme Verbraucher steht hilflos und staunend vor soviel mathematischer Begabung.

Die der weißen Milch diametral entgegengesetzte Substanz ist die schwarze Kohle. Die wird von keinem adretten Persönchen serviert, sie wird überhaupt nicht serviert. Sie wird bearbeitet. In großen Büros, von klugen Männern. Sogar ein studierter Doktor ist dabei, ganz stattlich ist er übrigens auch. Da stehen dann die Ziffern auf dem Papier; Kopfrechnen ist den klugen Männern zu unsicher. Und dann wird gerechnet, und nicht nach Preis, in Mark und Pfennig, sondern nach Gewicht, in Zentnern. Und nach jeder Rechnung kommt etwas anderes heraus. "Vierundzwanzig", sagt der studierte Doktor. Dann berichtigt er sich und meint: "Zwanzig". Das nächste Mal sind es nur noch vierzehn. Am Ende ist gar nichts mehr da. Plus minus null, wie man auf mathematisch sagt.

Im Milchladen stimmt die Rechnung, und man hat dazu etwas in der Hand, das man nach Hause tragen kann. Bei den Kohlen ist die Rechnung immer falsch, und nach Hause tragen kann man schon überhaupt nichts. Und nun frage ich mich, wieso man eigentlich behauptet, die ganze Kohlenplanung sei eine Milchmädchenrechnung.

Verantwortlich: Peter Raunau